

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 57 (1965)

Heft: 2

Artikel: Das Fremdarbeiterproblem in Grossbritannien

Autor: Berger, George

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354166>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Fremdarbeiterproblem in Großbritannien

Obwohl auch in bestimmten Wirtschaftszweigen Großbritanniens eine gewisse Konzentration ausländischer Arbeitskräfte anzutreffen ist, wie etwa im Gastgewerbe, stellt sich das Problem doch in erster Linie als psychologisches Problem dar. Der Prozentsatz der im letzten Jahrzehnt hinzugekommenen nichtbritischen Arbeitskräfte ist, auf das ganze Land mit seinen rund 24,5 Millionen Werktätigen verteilt (Schätzung Dezember 1964), keineswegs bedeutend. Wenn das Ausländerproblem, oder, genauer gesagt, das Problem der *farbigen* Arbeitskräfte, überhaupt Bedeutung erlangt hat, ist dieser Umstand auf die Konzentration dieser Arbeitnehmer auf gewisse Teile des Landes (London, Liverpool, die mittel- und nordenglischen Industriegebiete) zurückzuführen.

Die nachstehende Tabelle vermittelt einen gewissen Ueberblick über die Einwanderung aus drei wichtigen Gebieten, nämlich Westindien, Indien und Pakistan. Es fällt manchmal keineswegs leicht, hier überhaupt eine Grenze zu ziehen und festzustellen, wer als «Ausländer» betrachtet werden kann. Bei Westindien handelt es sich um ein Land des britischen Commonwealth, bei den Einwohnern Jamaikas und anderer Inselstaaten vor deren Unabhängigkeitserklärung um britische Staatsbürger. Aus den Statistiken geht auch nicht hervor, wie viele Einwanderer inzwischen britische Staatsbürger *geworden* sind (Voraussetzung ist fünfjähriger Aufenthalt und guter Leumund).

	Einwanderer aus		
	Westindien	Indien	Pakistan
1953	2 000	—	—
1954	11 000	—	—
1955	27 000	6 000	1 800
1956	30 000	5 500	2 000
1957	23 000	6 600	5 200
1958	15 000	6 200	4 700
1959	16 000	3 000	860
1960	50 000	6 000	2 500
1961	66 000	24 000	25 000

Man sieht also, daß andere Nationalitäten in der obigen Tabelle überhaupt nicht berücksichtigt werden, da sie zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallen. Zyprioten und Malteser können zahlenmäßig kaum erfaßt werden, weil infolge der in der jüngsten Vergangenheit verkündeten Unabhängigkeit von Malta und Zypern in jedem einzelnen Falle zunächst festgestellt werden müßte, wie viele Staatsbürger dieser beiden Gebiete bereits die britische Staatsbürger-

schaft erworben hatten und wie viele nunmehr als Bürger des Commonwealth behandelt werden müßten.

Italienische Staatsbürger (gelernte, angelernte und ungelernte Arbeiter) sind wohl auf Grund besonderer Maßnahmen zugunsten von Wirtschaftszweigen mit akutem Arbeitskräftemangel als Einwanderer in Gruppen zugelassen worden, doch handelt es sich auch in diesem Falle nicht um Zahlen, die zu irgendwelchen Bedenken Anlaß geben.

Grundsätzlich werden jährlich 50 000 Arbeitsbewilligungen an Ausländer erteilt, davon rund ein Drittel für Beschäftigung im Haushalt, in Krankenhäusern oder Schulen. Etwa ein Achtel entfällt auf junge ausländische manuelle und nichtmanuelle Arbeitnehmer, die in Großbritannien ihre Kenntnisse der englischen Sprache und ihre beruflichen Kenntnisse vervollkommen wollen. Alle Arbeitsbewilligungen werden zunächst für ein Jahr erteilt und können auf Antrag des Arbeitgebers verlängert werden. Abgesehen von jenen Fällen, bei denen es sich um verhältnismäßig kurzen Aufenthalt zwecks Erlernung bzw. Verbesserung der Kenntnisse der englischen Sprache handelt, muß das Arbeitsministerium in jedem einzelnen Falle vor Bewilligung der Einreise zum Zwecke der Erwerbstätigkeit feststellen, ob für die betreffende Stelle kein geeigneter britischer Bewerber oder auch ein seit längerer Zeit in Großbritannien ansässiger ausländischer Bewerber vorhanden ist.

Seit der Verabschiedung des Einwanderungsgesetzes vom Jahre 1962 gelten Einwanderungsvorschriften auch für Staatsbürger des Commonwealth, mit Ausnahme jener, die im Vereinigten Königreich geboren sind oder einen britischen Reisepaß besitzen.

Der Hauptzweck dieses Gesetzes besteht darin, die Flut unerwünschter und beruflich vielfach in keiner Weise befähigter Einwanderer aus Westindien einzudämmen. Aber es wäre unfair, alle Schuld an den Uebelständen, die sich aus der Masseneinwanderung von Arbeitsuchenden aus Jamaika, Trinidad usw. ergeben, nur ihnen in die Schuhe zu schieben. In sehr vielen Fällen waren sie von skrupellosen Schwindlern, die ihnen gefälschte Arbeitsbewilligungen für fiktive Arbeitsplätze gegen teures Geld vor dem Verlassen ihres zwar armen, aber immerhin sonnigen Heimatlandes verkauften, nach England gelockt worden, wo sich niemand ihrer annahm, keine Arbeitsplätze für ungelernte Arbeiter vorhanden waren und sie den Unterschied zwischen dem, höflich ausgedrückt, veränderlichen Wetter der britischen Inseln und jenem ihrer Heimat sehr bald am eigenen Leibe zu spüren bekamen. Ebenso steht fest, daß eine kleine Minderheit der farbigen Einwanderer gewisse Mietobjekte, die fast abbruchreif waren, ankaufte und zu reichlich überhöhten Mieten an ihre eigenen Landsleute untervermietete. Bis zu einem Dutzend Kinder und Erwachsene wurden zum Beispiel in einer Zweizimmerwohnung, ohne Heizung, ohne Toilette, ohne all das,

was man in moderneren Wohnungen als selbstverständlich betrachtet, untergebracht. Aber es handelte sich bei solchen skrupellosen Vermietern keineswegs ausschließlich um Farbige. Geldgier ist bekanntlich nicht Folge der Hautfarbe oder der Religion.

Zunächst stellt sich die Frage, wie die Einwanderer aus Westindien, Indien und Pakistan am schnellsten und wirksamsten in das Leben der britischen Gemeinschaft eingegliedert werden können. Von den wenigen, wenn auch lautstarken, in verschiedenen rechts-extremistischen Organisationen zusammengefaßten Rassenfanatikern abgesehen, hegt in Großbritannien, mit seiner jahrhundertealten Tradition der Toleranz allen Verfolgten gegenüber, kaum jemand Vorurteile gegen die farbigen Einwanderer. Rassentheorien haben bekanntlich in England nie Anklang gefunden. Die Schwarzhemden Oswald Mosleys, die mit allen Kräften ihrem Vorbild Hitler nacheiferten, ließ man auf ihren Seifenkisten im Hyde Park ungestört ihre Theorien in die Welt hinausposaunen. Lächerlichkeit tötet in England noch schneller als anderswo. Nicht besser ergeht es ihren Nachfolgern, die heute, wenn auch unter etwas anderem Vorzeichen, in Rassenhaß machen wollen. Dennoch muß man sich mit einem Problem auseinandersetzen, das nicht rassenmäßig – im negativen Sinne des Begriffes – begründet ist, sondern andere, weniger augenfällige Ursachen hat, deren Auswirkungen aber schwerwiegend genug sein können.

Infolge des bereits erwähnten Einwanderungsgesetzes vom Jahre 1962 hat die Zahl der Einwanderer aus den drei Gebieten gemäß den für November 1964 veröffentlichten Statistiken nur um netto 1338 zugenommen, im Gegensatz zu den insgesamt 115 000, die im Jahre 1961 einwandern konnten. Das Gesetz schreibt vor, daß alle Einwanderer im Besitz von Unterlagen des britischen Arbeitsministeriums sein müssen, aus denen hervorgeht, daß ihnen ein bestimmter Arbeitgeber einen Arbeitsplatz zugesichert hat oder daß sie gewisse berufliche Befähigungen besitzen. Wichtig ist dabei, daß hinsichtlich der Einwanderung nach Nordirland bestimmte zahlmäßige Grenzen festgelegt worden sind und die Beschäftigung von Einwanderern nur in gewissen Wirtschaftszweigen gestattet ist.

Die überwiegende Mehrheit der Einwanderer besteht also aus jenen, die vor Verabschiedung des Gesetzes eintrafen. Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß sie sich ohne allzu große Schwierigkeiten an die britische Lebensweise gewöhnt haben, wenn auch die sozialen Unterschiede und Sprachschwierigkeiten immer wieder zu unvorhergesehenen Reibungen führen können. Es spielen so viele immaterielle Faktoren mit, die sich nicht im voraus einkalkulieren lassen. Aber die Grundschulbildung, die doch bei den meisten vorhanden ist und in englischer Sprache (Westindien) vermittelt wird, erleichtert den betreffenden Arbeitern jedenfalls wesentlich die Eingliederung in die Gemeinschaft. Treten große Sprach-

schwierigkeiten auf, so wird die Lösung des Problems heikler, denn zum Besuch von Abendkursen, auch wenn sie unentgeltlich sind, kann man niemanden zwingen. Bei denjenigen, die aus einem oft primitiven Milieu stammen, ergeben sich ganz unerwartete Schwierigkeiten bei Dingen und Handlungen, die selbstverständlich erscheinen, wie etwa die Benutzung von Badezimmern und Küchen, Waschen der Wäsche usw.

Sowohl die jetzige Labour-Regierung wie auch ihre konservative Vorgängerin haben immer wieder unmißverständlich erklärt, das restriktive Einwanderungsgesetz werde nur solange aufrechterhalten, bis genug Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen und Arbeitsplätze für alle potentiellen Einwanderer vorhanden seien. Man dürfe in dieses Gesetz keineswegs irgendwelche Ablehnung des Grundsatzes einer aus verschiedenen Völkerrassen bestehenden Gemeinschaft hineinlesen. Man kann aber nicht umhin, diese programmatischen Erklärungen als Vereinfachungen eines nicht ganz ungefährlichen Fragenkomplexes zu betrachten. Ob man sich dieses Umstandes bewußt ist oder nicht, ist es doch so, daß die meisten weißen Einwohner der britischen Inseln irgendwie fühlen, daß es hier um mehr als materielle Faktoren geht. Gewiß sind es nur die zahlenmäßig schwachen, aber lautstarken Faschisten Mosleys, die, von keinerlei Skrupeln beschwert, dieser im Unterbewußtsein vorhandenen, schwachen, gefühlsmäßigen Ablehnung aller Nichtweißen Ausdruck verleihen und sich nicht scheuen, auf die niedrigsten Instinkte zu spekulieren. Der weitere Schritt zum Antisemitismus ergebe sich dann – wie sie meinen – fast von selbst. Hier machen sie allerdings die Rechnung ohne den Wirt, wie schon vor 1939, denn selbst der einfachste Arbeiter macht instinkтив dort halt, wo die Diffamierung beginnt. Die nicht zu leugnende Abneigung gegen die heutigen Einwanderer anderer Hautfarbe hat nämlich nichts mit Rassenhaß zu tun. Es gibt viele, die wünschen, daß Großbritannien «weiß» bleibe, nicht weil sie die Farbigen hassen, sondern ihr Heimatland lieben. Sie lehnen durchaus nicht all das ab, was ihnen fremd ist und aus fernen Landen kommt; aber sie ziehen das vor, was ihnen zu Hause vertraut ist. Trotzdem wäre nichts verfehlter, als daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, unter der ruhigen Oberfläche schwere Rassenhaß. Der angeborene Sinn für Fairplay, gefördert durch eine auf Toleranz Andersgesinnten und Andersfarbigen gegenüber gerichtete Erziehung, bietet seit jeher eine Garantie für eine Einstellung zum Problem der farbigen Einwanderer, wie sie eines Demokraten würdig ist.

Dazu kommt, daß die überwiegende Mehrheit dieser Einwanderer an den verschiedenen Arbeitsplätzen, darunter sehr vielen, von denen der «eingeborene» britische Arbeiter nichts wissen will, zur vollen Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber und Vorgesetzten tätig ist. Wo immer der Beruf es gestattet, zum Beispiel als Autobusschaffner,

Zugführer und Schaffner bei der Untergrundbahn, Briefträger, Postbeamte, legen gerade die farbigen Kollegen allergrößten Wert auf ein Auftreten und eine äußere Erscheinung, die man nur als vorbildlich bezeichnen kann. Ebenso vorbildlich sind ihre Umgangsformen dem Publikum gegenüber, selbst wenn es sich um Angestellte handelt, die keine höhere Schule besucht haben. Besonders hervzuheben ist aber der Fleiß und die gewissenhafte Erledigung selbst ganz einfacher, manueller Arbeiten, die anstrengend und schmutzig sind, durch Einwanderer, die in ihren Heimatländern Schullehrer waren oder sonstwie ein höheres Niveau der Bildung aufweisen.

Von diesen psychologischen Vorteilen abgesehen, kann sich der Umstand, daß viele unangenehme Arbeiten, für die man kaum britische Arbeitskräfte findet, von den Einwanderern einwandfrei erledigt werden, nur günstig auf das Wirtschaftsleben auswirken. Auch gewerkschaftspolitisch haben sich kaum jemals Probleme ergeben. Ein sehr hoher Prozentsatz der farbigen Kollegen ist organisiert, und die falschen Propheten, die glaubten, die «bedauernswerten Proletarier aus den Elendsvierteln Jamaikas» würden ihnen gerne und willig Gehör schenken und sich von den Vorteilen verschiedener linksextremer Paradiese überzeugen lassen, sind arg enttäuscht worden.

Eine einzige unliebsame Abweichung von den demokratischen Spielregeln ereignete sich bei den letzten Parlamentswahlen in einem mittelenglischen Wahlbezirk, wo sich infolge einer starken Konzentration farbiger Arbeiter in den dortigen Fabriken, verbunden mit einigen unerfreulichen Zwischenfällen, Ressentiments bemerkbar gemacht hatten. Diese Ressentiments machte sich der Kandidat der Konservativen zunutze, um unter Berufung auf den Wahlslogan «Wenn du einen Nigger zum Nachbarn willst, wähle Labour» seinen Gegner zu schlagen. Fairerweise muß aber hier erwähnt werden, daß sich viele führende Persönlichkeiten der Konservativen Partei ostentativ von dem betreffenden Abgeordneten distanziert haben.

Die von der Boulevardpresse zwangsläufig groß aufgezogenen Fälle, in denen ein Westindier oder Pakistani in eine Messerstecherei verwickelt wird, sollten keineswegs allzu ernst genommen werden, denn diejenigen, die sich der britischen Lebensart nicht anpassen können oder wollen, sind eine sehr kleine Minderheit. Dabei kann man nicht sagen, daß eine solche Anpassung leichtfällt, selbst beim besten Willen der «eingeborenen» Bevölkerung. Denn Großbritannien ist ein Inselreich in mehr als einem Sinne dieses Wortes, mit einer Lebensart, die so ganz anders ist als die der Völker anderer Kontinente, auch des europäischen. Leichter hatten es aber die Flüchtlinge vor dem Terror der Nationalsozialisten und ihrer Schergen auch nicht, eher sogar noch schwerer, denn viele sprachen weniger englisch als so mancher einfache Straßenarbeiter aus Kingston in Jamaika. Ueberdies mußten auch sie erst lernen, daß, wenn einer im Recht

ist, der andere nicht unbedingt im Unrecht sein muß, daß man sich darauf einigen kann, uneinig zu sein, und daß es zwischen Schwarz und Weiß unzählige Schattierungen gibt.

Alle diese Einwanderer – die europäischen und die außereuropäischen – haben das Leben der Gemeinschaft irgendwie, meist positiv, manchmal vielleicht auch negativ, beeinflußt, aber gleichzeitig auch zu einem Wandel der Lebensart und der Gesellschaftsordnung beigetragen, den man nicht *a priori* ablehnen kann und darf. Gewiß, die Aufnahmefähigkeit jeder Gesellschaftsordnung für externe Einflüsse hat irgendwo ihre Grenzen. Aber in Großbritannien sind sie noch lange nicht erreicht, und deshalb kann von einer Ueberfremdung in keinem Sinne dieses Wortes die Rede sein. Was an fremden Einflüssen gut ist, wird der britischen Tradition entsprechend absorbiert, was schlecht ist, wird ausgeschieden.

Es wäre also falsch und unsinnig, dem Fremdarbeiterproblem auf den britischen Inseln eine übertriebene Bedeutung beizumessen; es ist von beschränkter Bedeutung, bedingt nicht so sehr durch materielle Faktoren, sondern eher durch immaterielle. Es sollte aber innerhalb der gegenwärtigen, engen Grenzen gehalten werden und nicht darüber hinaus wachsen dürfen. Man darf nämlich in diesem Zusammenhange die weltpolitischen Konsequenzen einer verschärften Spannung zwischen dem Westen und den asiatischen und afrikanischen Nationen keineswegs unterschätzen. Die Ereignisse im Kongo können ein Wetterleuchten am Horizont bedeuten. Dann wären die Folgen des Vorhandenseins eines nicht assimilierten, zahlenmäßig starken farbigen Elements, das sich als diskriminiert betrachtet und auf der anderen Seite den Gegenstand von Ressentiments bilden kann, selbst bei der angeborenen Toleranz der Briten unter Umständen nicht zu überblicken. In jenen Kreisen, die es ablehnen, den Teufel an die Wand zu malen, und die Situation nüchtern beurteilen, sieht man allerdings keinen Anlaß zu Beunruhigung. Der britische Organismus ist nach wie vor gesund genug, um alles Positive zu assimilieren, wie es seit Jahrhunderten die Regel ist. Ebenso steht fest, daß eine liberale Handhabung der Einwanderungsbestimmungen auch im Interesse der Wirtschaft liegt. Maßnahmen, die auch nur den leitesten Verdacht einer rassenmäßigen Diskriminierung aufkommen lassen, kann sich eine sozialistische Regierung nicht leisten. Ausschlaggebend ist jedoch, daß man das Vorhandensein eines Problems, selbst wenn seine unmittelbaren Konsequenzen noch verhältnismäßig harmlos sind, mit der erforderlichen Zivilcourage anerkennt und sich mit allen verfügbaren Mitteln bemüht, eine Lösung zu finden, nicht nur bei der Regierung, sondern ebenso bei der Opposition. Man kann bekanntlich, wie ein altes chinesisches Sprichwort besagt, nicht dadurch ewig leben, daß man sich nicht um die Preise von Särgen kümmert.

George Berger, Bern